



Hannelore Kohl (l.) mit Autorin Dona Kujacinski 2001

Für gewöhnlich führt Dona Kujacinski für BILD am SONNTAG Interviews mit Stars wie Veronica Ferres oder Hannelore Elsner. Diesmal wurde sie, gemeinsam mit dem Berliner Erfolgsproduzenten Nico Hofmann, selbst interviewt (S. 28). Anlass: Hofmann verfilmt jetzt die Hannelore-Kohl-Biografie, die Dona Kujacinski gemeinsam mit Peter Kohl vor neun Jahren geschrieben hat. Mit Walter, dem zweiten Kohl-Sohn, gab die Journalistin gerade den Fotoband „Hannelore Kohl – Ein deutsches Leben“ heraus, der bislang unbekannte Bilder von Helmut R. Schulze zeigt. Einen schönen Sonntag wünscht

Ihre BILD-am-SONNTAG-Redaktion

# Muss sich Sarkozy jetzt wieder vor Strauss-Kahn fürchten?

**Kaum vom Hausarrest in New York befreit, wird der Ex-IWF-Chef als Favorit für die Präsidentschaftskandidatur der französischen Sozialisten gehandelt**

Von MICHAEL REMKE und PABLO SILALAH

Dieser Blick sagt alles. Als Dominique Strauss-Kahn am Freitagabend beim New Yorker Nobel-Italiener „Scalinitella“ seinen ersten Tag in Freiheit feierte, hatte er ein Lächeln im Gesicht. Ein Lächeln, das der Welt wohl zeigen sollte: Auch wenn es keiner glaubt hat, ich bin wieder da.

In der Tat kann der ehemalige IWF-Chef nach der sensationellen Wende im Vergewaltigungsprozess eine politische Auferstehung feiern. In Frankreich wurde schon Stunden nach seiner Freilassung heiß diskutiert, ob Strauss-Kahn bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr antreten soll.

Bis zu jenem Tag, an dem es in Suite 2806 des New Yorker „Sofitel“ zu der verhängnisvollen Begegnung zwischen „DSK“ und dem Zimmermädchen Maffiatou Diallo aus dem westafrikanischen Guinea kam, galt er bereits als Favorit, siebter Präsident Frankreichs zu werden. Er war das Schreckgespenst der Konservativen – vor allem für Amtsinhaber Nicolas Sarkozy.



Gestern Mittag in New York: Strauss-Kahn mit seiner Ehefrau Anne Sinclair (62)

Der muss nun wieder zittern. Denn die Signale aus Strauss-Kahns Sozialistischer Partei (PS) sind deutlich: Der ehemalige Sozialisten-Chef François Hollande sprach als Erster aus, was viele – nicht nur in der Partei – denken: „Nichts sollte Dominique

Strauss-Kahn hindern anzutreten.“ Doch dafür muss erst eine Hürde aus dem Weg geräumt werden. Die Bewerbungsfrist für die Präsidentschaftswahlen im Herbst endet am 13. Juli. Der nächste (und vielleicht schon letzte) Verhandlungstag im Vergewaltigungsprozess gegen Strauss-Kahn ist aber erst für den 18. Juli angesetzt. Deshalb wollen die Sozialisten den Bewerbungsschluss auf Ende Juli oder Anfang August verschieben.

## New York Post: „Zimmermädchen ist eine Hure“

Neue brisante Details über Maffiatou Diallo, das Zimmermädchen, das Dominique Strauss-Kahn der Vergewaltigung beschuldigt, und als Lügnerin entlarvt wurde: Die „New York Post“ zitiert eine anonyme Quelle, die behauptet, Diallo habe bei ihrem Job im noblen

„Sofitel“ häufig „außergewöhnlich viel Trinkgeld bekommen. Und das nicht, weil sie extra große Handtücher brachte, wenn Sie wissen, was ich meine“. Im Klartext: Diallo soll nicht nur Zimmergeputzt, sondern auch sexuelle Dienstleistungen angeboten haben.



Comeback-Lächeln Freitagnacht in New York: Dominique Strauss-Kahn (62) nach dem Siegesmahl bei einem Nobel-Italiener. Die Anklage wegen Vergewaltigung gegen den Ex-IWF-Chef scheint zusammenzubrechen, die Nachrichtenagentur AP schreibt bereits: „Vom Gefängnis in den Elysée-Palast“

## 12 Milliarden Euro nach Athen

Brüssel – Neue Hilfen für Griechenland: Die Euro-Finanzminister haben am Samstagabend den dringend benötigten internationalen 12-Milliarden-Euro-Kredit aus dem Hilfsprogramm von EU und IWF per Videokonferenz freigegeben. Das griechische Parlament hatte diese Woche ein hartes Sparprogramm beschlossen.

## Leutheusser will FDP öffnen

Berlin – Die stellvertretende FDP-Chefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat den Liberalen eine Öffnung zur SPD empfohlen. „Die FDP darf sich nicht einseitig auf die Union ausrichten“, sagte die Bundesjustizministerin dem „Hamburger Abendblatt“. Die SPD reagierte skeptisch.

## 3,7 Millionen für Libyen-Einsatz

Berlin – Deutschland beteiligt sich nicht mit eigenen Kräften an den Nato-Angriffen auf Libyen, muss aber als Nato-Mitglied einen Anteil von rund 15,5 Prozent für die Militäreinsätze mitzahlen: bisher rund 3,7 Millionen Euro. Das berichtet Thomas Kossendey, parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, in einem Schreiben an den Obmann der Grünen im Verteidigungsausschuss, Omid Nouripour. (uhu)

## Mit diesen Sprengfallen wollten Taliban deutsche Soldaten töten



Von der Bundeswehr sicher gestellt: selbstgebaute Waffen der Taliban

Sie sind die perfidesten Waffen der Taliban in ihrem Kampf gegen die Bundeswehr: Selbstgebaute sogenannte improvised Explosive Devices (IED) gelten als Killer Nummer eins für Soldaten und Zivilisten in Afghanistan. Eine Rakete 1 wurde zur tödlichen Sprengfalle umgebaut – sie enthält Materialien, die schwer zu orten sind. Eine selbstgebaute Granate 2 ist über ein Kabel mit dem Zünder verbunden.

## TIEFRÖTE ZAHLEN

# SPD droht 20-Mio-Schuldenloch

Von ANGELIKA HELLEMANN

Das Papier über die Finanzlage der Partei war so vertraulich, dass es durchnummeriert an die Mitglieder des SPD-Bundesvorstandes verteilt und nach kurzer Debatte wieder eingesammelt wurde. Denn die Zahlen, die dem Parteivorstand bei der Sitzung Ende März vorgelegt wurden, sind besorgniserregend: In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 droht der SPD im schlimmsten Fall ein Schuldenberg von fast 20 Millionen Euro.

Die miese Finanzlage hat mehrere Gründe: Wegen der schlechten Wahlergebnisse bekommt die SPD weniger Wahlkampfkostenersatzung vom Staat, wegen der sinkenden Mitgliederzahl (auf unter 500 000) verfügt die Partei über weniger Beiträge. Trotz

schlechter Einnahmen muss die SPD aber 2013 einen teuren Bundestagswahlkampf finanzieren. Unter dem Stichwort „Solide Finanzen“ haben Parteichef Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles jetzt im Zuge der Parteireform ein neues Modell für die Mitgliedsbeiträge vorgeschlagen. Danach soll nicht mehr das Einkommen die Beitragshöhe bestimmen (von 2,50 Euro bis 245 Euro im Monat), sondern der Wert, den die SPD-Leute ihrer Mitgliedschaft beimessen. Für Abgeordnete und Genossen, die über ihr Parteibuch einen lukrativen Posten erhalten haben, soll eine Extra-Beitragstabelle gelten.

Harsche Kritik kommt ausgerechnet aus Gabriels eigenem Landesverband Niedersachsen. Landesvorsitzender

Olaf Lies: „Eine Reform bei den Mitgliedsbeiträgen muss zwei Ziele verfolgen: Natürlich brauchen wir auch mehr Geld in den Kassen und gleichzeitig muss die Beitragsolidarität gestärkt werden. Wer mehr verdient, muss mehr zahlen! Das muss auch in Zukunft gelten.“ Lies kündigt Widerstand an: „Mit dem diskutierten Vorschlag erreichen wir das nicht – deshalb werden wir in diesem Punkt noch nacharbeiten und auf Veränderungen drängen.“

Morgen tagt die SPD-Kommission zur Parteireform zum ersten Mal über die Parteifinanzen. Schatzmeisterin Barbara Hendricks: „Ich bin überzeugt, dass mein Vorschlag auf große Zustimmung treffen wird, und dass das Beitragsaufkommen dadurch keinesfalls sinken wird.“

## Warum Minister Niebel in Nordafrika auf Frauen setzt

Tunis, Samstagmorgen. Entwicklungshelferminister Dirk Niebel (FDP) landet mit dem „Challenger“-Jet der Luftwaffe in der tunesischen Hauptstadt. Der Minister will nachsehen, was mit den deutschen Steuergeldern (110 Millionen Euro in diesem Jahr) zur Aufbauhilfe des Landes nach der Jasmin-Revolution geschieht.

Zugleich trägt Niebel eine Botschaft nach Tunis, die für ganz Nordafrika gilt. Der Entwicklungsminister: „Zu den von Deutschland geförderten Hilfsprojekten müssen auch Frauen einen gleichberechtigten Zugang haben.“ Warum setzt Niebel beim Aufbau moder-

ner Demokratien in Nordafrika besonders auf die Frauen? Der Minister sagt mir: „Frauen sind reformorientierter als Männer. Das ist gerade in der jetzigen Situation in Nordafrika entscheidend. Deshalb unterstützen und nutzen wir die Rolle von Frauen ausdrücklich.“

Deutschland setzt bei seiner Tunesien-Hilfe auf eine Welle kleiner Ich-AGs, auf die Förderung kleiner Selbstständiger mit Kleinkrediten. Der Minister: „Frauen sind die besseren Mikrokreditnehmer. Die Erfahrung zeigt, dass sie nachhaltiger und sorgfältiger mit den ihnen anvertrauten Mitteln umgehen.“ Die Frauenförderung wird zu einem wichtigen Prüfstein für künftige deutsche Pro-

jekte in Nordafrika. Wie wichtig jetzt Frauenförderung in Nordafrika ist, erkenne ich selbst auf den Straßen von Tunis. Seit meinem letzten Besuch im Februar dieses Jahres mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat die Zahl junger Frauen, die ein Kopftuch tragen oder ver-

schleiert gehen, erheblich zugenommen. Das bestätigen auch meine Gesprächspartnerinnen in Tunis mit Sorge. Die Revolution war bislang vor allem eine Bewegung ehrgeiziger junger Männer. Dass es hier noch vor Kurzem heftige Unruhen gab, davon zeugen Schützenpanzer, Soldaten und S-Draht-Absperrungen. Die Deutschen ruft Niebel von Tunis aus auf, in das Land zu reisen: „Hier kann man einen schönen Urlaub machen.“



Lambreck mit Niebel DIE WOCHE IN BERLIN MARTIN S. LAMBECK



Dirk Niebel gestern bei der Akademie der Deutschen Welle in Tunis



Von ANGELIKA HELLEMANN Korrespondentin

## DSK und Kachelmann

Am Freitag hat ein New Yorker Gericht den Hausarrest für Dominique Strauss-Kahn aufgehoben, weil massive Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zimmermädchens aufgetaucht waren.

Vor einem Monat wurde der Wettermoderator Jörg Kachelmann aus Mangel an Beweisen vom Vorwurf der Vergewaltigung seiner Geliebten freigesprochen.

So unterschiedlich beide Fälle sind, sie haben eine bittere Wirkung gemein: Eine vergewaltigte Frau wird künftig noch viel mehr davor zurückschrecken, zur Polizei zu gehen und ihren Peiniger anzuzeigen.

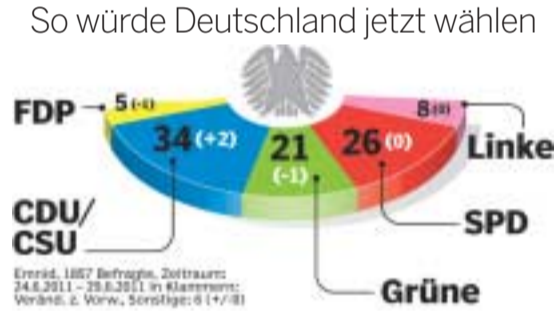
Die Dunkelziffer bei Sexualstraftaten ist riesig. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums ergab: Nur fünf Prozent aller Frauen, die schwere sexuelle Gewalt erlebten, erstatten Anzeige. Zu groß sind die Scham und die Angst vorm Prozess.

Zu Kachelmann sagte ein Ex-Staatsanwalt: „Meiner Tochter würde ich im Zweifel raten, nicht zur Polizei zu gehen. Für die Frau ist das eine Tortur.“

Die Justizmühle für die Opfer ist meist unvermeidbar, weil die Beweislage schwierig ist, Aussage gegen Aussage steht. Deshalb braucht es zumindest spezialisierte Opferanwälte, besonders geschulte Polizeibeamte, Staatsanwälte und Richter sowie Videovernehmungen, um den Frauen immer neue Befragungen nach intimsten Details zu ersparen.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Vergewaltigungsoffer aus Angst vor weiteren Demütigungen schweigen.

## SONNTAGSTREND



## GAST KOMMENTAR

Von MARTIN ZEIL (FDP) Bayerischer Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident



## Den Soli abschaffen!

Die Debatte um Steuersenkungen mutet skurril an. Bund, Länder und Gemeinden nehmen 2013 etwa 50 Milliarden Euro mehr ein als im Boomjahr 2008.

Wir stellen für Griechenland zweistellige Milliardenbeträge bereit und investieren dreistellige Milliardensummen in eine Energiewende, die sich so manchem rationalen Argument verschließt. Aber für die steuerliche Entlastung der Menschen, die das alles erarbeiten, ist kein Geld da.

Der Mittelstand sollte sich gut merken, was er den SPD-Ministerpräsidenten, einigen CDU-Regierungschefs und Finanzminister Wolfgang Schäuble wert ist, die sich vehement gegen jede Steuersenkung stemmen. Offenbar wenig bis gar nichts.

Wenn Steuersenkungen, vor allem die Abschaffung der kalten Progression und die Abflachung des ungerechten Mittelstandsbauches, an mittelstandsfeindlichen Kräften scheitern, sollten wir nun endlich eine Bundessteuer abschaffen, deren Berechtigung ohnehin längst entfallen ist: den Soli.

Er ist längst ein Etikettenschwindel, weil die jährlich etwa zwölf Milliarden Euro schnurstracks in den Bundeshaushalt und schon lange nicht mehr zweckgebunden in den Aufbau Ost fließen. Wenn es anders nicht geht, geben wir den Bürgern zumindest dieses Geld zurück! Bevor ihn besonders Wendige noch in einen Energie-Soli umwandeln.

Ihre Meinung zu den Kommentaren: Schicken Sie eine E-Mail an [leserforum@bams.de](mailto:leserforum@bams.de)

## INHALT

**Aktuelles**  
**POLITIK**  
**Dieter Zetsche** Der Daimler-Chef spricht im Interview über den Atomausstieg, die geplanten Steuersenkungen und den EU-Beitritt der Türkei ..... S. 4  
**NACHRICHTEN**  
**Mordfall Mary-Jane** Wie die Mutter um die ermordete Tochter trauert ..... S. 16  
**Peter Hahne** Gedanken am Sonntag ..... S. 19  
**Soldaten-Schicksal** Tino Käßner verlor in Afghanistan ein Bein, heute ist er Spitzensportler ..... S. 20  
**Nachbarschaftsdrama** Rentner erschießt zwei seiner Mieter nach Streit über Nebenkosten ..... S. 23  
**Ärger um Ergo** Der Chef der Versicherung spricht über den Sex-Skandal, Falschberatung und fehlerhafte Abrechnungen ..... S. 24  
**Leute & Kultur**  
**Christine Neubauer** So lange kennt sie sie ihren „Neuen“ schon ..... S. 26  
**Maite Kelly** Die Sängerin und „Let’s Dance“-Gewinnerin über Leben, Liebe und Körpergefühl ..... S. 32  
**Ratgeber**  
**Medizin** Wenn Schwitzen zur Krankheit wird ..... S. 42  
**Garten** So machen Sie aus einem Weinfass einen Teich ..... S. 45  
**Klassiker der Küche** Kabeljau-Linsen-Auflauf ..... S. 46  
**Mode** Prima Ballerinas ..... S. 48  
**Auto** VW Polo und Lancia Ypsilon im Vergleich ..... S. 52  
**Sport**  
**Philipp Lahm** Seine Mutrede: Mädels, holt euch den WM-Titel! ..... S. 56  
**Jan Ullrich** Wie der Toursieger die Burn-out-Erkrankung überstand ..... S. 72  
**VIPs der Woche**  
**Sommerfest des Bundespräsidenten** Wenn Promis und Politiker Party machen: Christian Wulff und seine Ehefrau Bettina ..... S. 76  
**TV-Programm S. 36; Leserforum/Impressum S. 38; Rätsel S. 54; Horoskop/Sudoku S. 55; Wetter S. 79**  
**Ihr Axel-Springer-24-h-Service 01805-630030\***  
 Für Fragen, Kritik und Anregungen  
 \* 14 Cent/Min. aus dem dt Festnetz/Mobilfunk abweichend

FOTOS: REFLEX, POLARIS, AFP, PHOTOTHEK.NET, DPA, WIREIMAGE.COM